

Wir fordern: Bleibt menschlich!

Trotz der Resolution des Goslarer Kreistages und der Propstei Goslar für ein Bleiberecht der Roma soll mit Familie Rustemi aus Seesen die **Abschiebung** auch in unserem Landkreis beginnen.

Aus diesem Anlass fand am Freitag, den 5.11.2010 in Anwesenheit des Landrats Stephan Manke eine Bürgerversammlung im Gemeinderaum der Frankenberger Kirchengemeinde statt.

Hier wurde deutlich, dass vornehmlich das niedersächsische Innenministerium unter Uwe Schünemann (CDU) die Abschiebungen forciert und auch nicht davor zurückschreckt, Familien zu trennen. Zudem soll die Abschiebung, an der eine schwer kranke Ehefrau und ein Kleinkind beteiligt sind, auch noch zum Winter hin stattfinden.

Vater Bashkim Rustemi, Mutter Lutfije Rustemi und die jüngsten Kinder Sümita und Florenta sollen am **15.11.2010 morgens um 4.00 Uhr abgeschoben werden**. Die älteren Kinder Sabina, Sengjan und Emram dürfen bleiben, weil sie einer Ausbildung bzw. Arbeit nachgehen. **Die Familie lebt seit fast 20 Jahren in Deutschland**. Die betriebene Trennung der Familie verstößt gegen unser Grundgesetz.

Obwohl Frau Rustemi schwer krank ist, wurde ihr vom Goslarer Gesundheitsamt eine eingeschränkte Reisefähigkeit bescheinigt. Liegendtransport wird empfohlen. Das Gutachten des Gesundheitsamts bringt zum Ausdruck, dass Frau Rustemi niemals ohne menschliche und medizinische Hilfe ihr Leben bewältigen können wird. Diese Hilfe wird sie langfristig im Kosovo nicht erhalten. Wir betrachten die Abschiebung dieser und aller anderer Romafamilien, die nach wie vor im Kosovo verfolgt werden, als groben Verstoß gegen die Menschenrechte.

Wir Unterzeichner dieses Appells wollen nicht, dass Romafamilien getrennt und ins Elend abgeschoben werden. Wir fordern Innenminister Uwe Schünemann und die Innenminister der Länder auf, während ihrer Konferenz am 18./19. November 2010 einen Abschiebestopp für alle Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo auszusprechen und Bleiberechtsmöglichkeiten für diese Mitmenschen zu schaffen.

Wir Bürgerinnen und Bürger aus der Stadt und dem Landkreis Goslar haben Landtags- und Bundestagsabgeordnete nicht gewählt, damit sie Gesetze verfassen, die das Grundgesetz, die Menschenrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention und die christliche Nächstenliebe missachten.

Wir fordern menschliche Rechtsstaatlichkeit und zwar umgehend!

Name

Adresse

Unterschrift